Ja, wir sind parteiisch : für Frauen, Frauen, Frauen...

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **38 (1982)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844826

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ja, wir sind parteiisch: Für Frauen, Frauen, Frauen…

Wir haben nichts gegen Männer – die meisten von uns können diese Feststellung bestimmt unterschreiben (als Pauschalcredo natürlich, schwierige Einzelfälle gibt es immer). Warum fordern wir also dazu auf, an der Wahlurne parteiisch dem eigenen Geschlecht den Vorzug zu geben? Die Antwort ist simpel: Weil es immer noch sehr notwendig ist! Dem Zürcher Gemeinderat gehören 125 Mitglieder an. In der auslaufenden Legislaturperiode waren deren 21 weiblichen Geschlechts. Braucht es da noch Worte? Bleiben wir am Boden: Nicht alle Frauen kämpfen gleichermassen für die Sache der Frau. (Und es sind auch nicht alle Männer gleichermassen mühsame Chauvis!) Aber es hat sich in den letzten vier Jahren doch einige Male gezeigt, dass sich über die Parteigräben hinweg eine «Frauenfraktion» bilden und dass sich diese gelegentlich sogar durchsetzen konnte. Am 6./7. März 1982 kandidieren 1018 Zürcher für einen Sitz im Gemeinderat, darunter 275 Zürcherinnen.

Zur «Wahlnummer», die Sie jetzt in den Händen halten: Wir haben je eine Vertreterin der bisher im Parlament vertretenen Parteien um eine persönliche Stellungnahme zum Thema Frau und Politik gebeten. Wir danken allen herzlich fürs bereitwillige Mitmachen. Die Beiträge finden Sie, parteipolitisch streng neutral in alphabetischer Reihenfolge – auf den ersten Seiten dieses Heftes. Darauf folgt eine Liste all jener Frauen, die für «offizielle» Parteien kandidieren. Die Mitglieder unseres Vereins wurden fett gedruckt (soweit sie sich meldeten. Fest steht: Es sind viel zu wenige!).

Nicht erfasst wurden allfällige Vertreterinnen von andern Gruppierungen.

Ein Wort zum Wahlprozedere: Kumulieren heisst: Wir führen die Namen der Kandidatinnen zweimal auf und streichen dafür einen andern Namen (das schadet der Partei nicht und unterstützt die Einzelkandidaten). Panaschieren heisst: Wir setzen die Namen von Kandidatinnen anderer Listen auf der Liste unserer Wahl ein.

Aufgepasst: Das Mass für die Frauenfreundlichkeit einer Partei ist nicht nur die Anzahl Frauen auf ihrer Liste. Wichtig ist auch der die Wahlchancen mitbestimmende Platz. Gemessen an der prozentualen Geschlechtsaufteilung müsste man derzeit die Poch als frauenfreundlichste Organisation gelten lassen: die beiden gewählten Vertreter waren bis jetzt eine Frau und ein Mann. Keine einzige Frau gehörte dagegen der fünfköpfigen SVP-Fraktion an. In der grössten Fraktion im Rat, der SP, waren 9 der 50 Mitglieder Frauen, in der FDP 5 von 26.

Das Wort zum (Wahl)-Sonntag: Frauen wählen fähige Frauen.

Franziska Frey-Wettstein
FDP-Gemeinderätin seit 1979

Eine der ältesten und traditionsreichsten Frauenaufgaben ist der Einsatz für die Belange des Sozial- und Gesundheitswesens. Seit jeher haben Frauen den Grossteil ihrer Kraft und ihrer Zeit für ihre Tätigkeit als Hausfrau und Mutter oder für einen anderen dem Gemeinwesen dienenden Beruf verwendet. Seit der Gründung des Gemeinnützigen- und des Alkoholfreien-Frauenvereins vor bald 100 Jahren ist diese Arbeit zusehends professioneller und zielstrebiger angepackt wor-

den. Dies hatte nicht nur grosse Verbesserungen der Stellung der Frau im Allgemeinen, sondern vor allem eine Verbesserung der Situation alleinstehender Mütter, Betagter und Benachteiligter zur Folge. Glücklicherweise können Frauen heute auch in den Parlamenten ihren Einfluss geltend machen und damit ihre die Jahrhunderte gemachten Erfahrungen nutzbringend anwenden. Nebst diesen traditionellen Frauenbereichen beschäftigen sich ökonomisch und juristisch ausgebildete Fachfrauen auch zusätzlich mit Finanz- und Wirtschaftsfragen, etwas seltener auch mit Bau- und Planungsfragen. So steht in der Stadt Zürich nicht nur eine Frau dem Sozialamt vor, sondern werden auch die beiden ständigen Kommissionen des Gemeinderates, die Geschäftsprüfungs- und die Rechnungsprüfungskommission, von Frauen geführt. Dieser Fortschritt ist natürlich sehr zu begrüssen. Um so bedauerlicher ist es, dass die Frauen im Stadtzürcher Parlament nach wie vor in der Minderheit sind und sich auch in den kommenden Gemeinderatswahlen kein «Frauenrutsch» abzeichnet.

Das ganze soziale Gefüge unserer Stadt ist sowohl im staatlichen wie auch im privaten Bereich sehr stark mit politischen und unpolitischen Fachfrauen durchsetzt. Allerdings berührt es mich persönlich seltsam, dass trotz ihrer langen Erfahrung in sozialen Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Jugendunruhen der letzten Zeit sehr wenige Frauenstimmen – besonders wenig Mütterstimmen – laut geworden sind. Wohl gab es an Veranstaltungen und Tagungen einige Mutige, doch zu eigentlichen Stellungsnahmen, sei es durch einzelne Frauen oder durch traditionelle Vereine, kam es nicht. Auch gegen jene, die nicht ohne scheelen Seitenblick auf die Frauen immer wieder über das «Versagen der Familie» und die «mangelnde Nestwärme» klagten, hat sich kaum jemand zur Wehr gesetzt. Es ist eine altbekannte Tatsache, dass auch heute Kinder und Jugendliche von Frauen erzogen und geprägt werden. Jede erzieherisch tätige Frau, ob Mutter oder nicht, muss sich in diesen Zeiten fragen, was schief gelaufen ist und welche Ursachen dahinter stecken. Warum wird diese Frage nicht laut gestellt und diskutiert? Hat man immer noch Angst? Wenn ja, vor wem denn eigentlich?

Irene Müller-Bertschi
SP-Gemeinderätin seit 1971

Wie ich zur Politik kam: Bereits als Kind löffelte ich mit der Suppe am Mittagstisch Politik, die – vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges – allenthalben Gesprächsstoff lieferte. Meine eigentliche politische Tätigkeit begann im Jahre 1961, als ich zur Präsidentin der SP-Frauen des Kantons Zürich gewählt wurde. Während zehn Jahren setzte ich mich in dieser Funktion für die Schulungs- und Informationsarbeit ein, um unsere Frauen auf die Arbeit in Behörden und Parlamenten vorzubereiten. Konkrete Herausforderungen waren die Abstimmungskampagnen für das Frauenstimmrecht, die wir dann 1970 auf kommunaler und 1971 auf eidgenössischer Ebene gewannen.
Mein Start im Zürcher Gemeinderat fiel im Jahre 1971 in eine Zeit, in der eine beunruhigte Bevölkerung anfing, aktiv in den Entscheidungsprozess unserer Stadt einzugreifen. Die Entvölkerung der Innenstadt, die steigende Wohnungs- und Mietzinsnot, der zunehmende Privatverkehr und Umweltschutzprobleme machten die Menschen hellhörig. Meine politischen Schwerpunkte im Gemeinderat waren denn

auch die Verhinderung von Bürobauten in Wohnquartieren, die Förderung des öffentlichen Verkehrs und die Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Eine Motion für die berufliche Wiedereingliederung von Frauen fiel der im Jahre 1975 auftretenden Rezession zum Opfer (Entlassungen vor allem von teilzeitbeschäftigten Frauen).

Ich glaube, dass mein Hang, ein Geschäft gründlich vorzubereiten und sachlich darzulegen unter anderem dazu führte, dass mich meine Fraktion bereits im Jahre 1976 auf die Laufbahn der Gemeinderatspräsidentin schickte (Wahl zur zweiten Vizepräsidentin). Im Jahre 1978 wurde ich dann als erste Frau zur Präsidentin des Zürcher Gemeinderates gewählt. Mit der Annahme dieser Wahl war für mich die Hoffnung verbunden, auch andere Frauen zu ermutigen, aktiv in die Politik einzusteigen. Aus meiner Schlussansprache als Gemeinderatspräsidentin möchte ich folgende Sätze zitieren: «Vor rund einem Jahr haben Sie erstmals eine Frau als Vorsitzende des Stadtparlamentes gewählt. Ich habe mich bemüht, die damit verbundenen Erwartungen zu erfüllen. Ich hoffe natürlich, dass der immer noch stark überwiegende männliche Ratsteil das erste Jahr des Matriarchats in diesem Rat so gut überstanden hat, dass Sie, meine lieben Kollegen, sich angeregt fühlen, in nicht allzuferner Zeit das galante Experiment zu wiederholen.» Im Jahre 1979 wurde ich dann in die Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderates gewählt. Diese wichtige Kommission war bis vor kurzem ein reines Männerrefugium. Die Mitarbeit der Frauen in der RPK, die Schwerpunkte über die Verteilung der Steuergelder setzt, erlaubte in einer Reihe von Fällen, die speziell Anliegen von uns Frauen betreffen, Kredite zu erhalten.
Meine persönlichen parlamentarischen Erfahrungen haben mich davon überzeugt, dass, wenn man die Hürde der Wahl in eine Behörde genommen hat, die eigenen Leistungen zählen und die politische Arbeit der Frauen durchaus anerkannt und gewünscht wird.

Silvia Römer-Sailer
LdU-Gemeinderätin seit 1978

Der Einstieg in die Gemeindepolitik war für mich vor vier Jahren nicht etwa eine Überraschung oder Geschenk der Partei, der ich angehöre. Ich betrachte es vielmehr als eine Art Bestätigung meiner persönlichen Einstellung und meines Engagements dem politischen Geschehen gegenüber.
Ich gehöre zu den Frauen, die der Gedanke an die Nichtgleichberechtigung in dieser Gesellschaft nie quälte oder behinderte. Selbstbewusstsein gemischt mit einer Portion Humor war Erziehungsformel Nummer 1 in meinem Elternhaus.
Als ehemalige Psychiatriekrankenpflegerin wäre es für mich einfacher gewesen, mich auf dem politischen Parkett für soziale Aufgaben zu engagieren. Dass ich es nicht ausschliesslich tat, hat folgenden Grund: Vor meinem Einstieg in die Gemeindepolitik habe ich in einer Quartierplanungsgruppe aktiv mitgearbeitet. Damit ich hier wirklich arbeiten konnte und somit auch akzeptiert wurde (ich war einzige Frau in diesem «Männerklub»), musste ich mich natürlich in der Materie der Planung, des Bauens, der Siedlungsgestaltung usw. zweimal besser auskennen als meine Kollegen. So ging ich halt als Teilzeitlehrling in einen Betrieb, der diese Branche aufs Beste vertritt. Als glückliche Hausfrau kann ich mir meine Haus- und Gartenarbeit sel-

ber einteilen, wobei anzumerken ist, dass mein Sohn erwachsen und meine Tochter im Teenageralter ist, ich also nicht mehr so präsent sein muss.
Im Herbst 1978 wurde ich von meiner Fraktion in die gemeinderätliche Geschäftsprüfungskommission delegiert. Bei der ersten Sitzung wurde ich wohlwollend begrüsst, doch meinte der damalige Präsident, es sei jetzt schwierig, weil ich eine Frau sei, denn es stünde nur das Bauamt II (Hochbauamt) für mich als Referentin zur Verfügung. Mein Einwand, das mache mir überhaupt nichts aus, wurde mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Demzufolge habe ich in den vergangenen vier Jahren mehrheitlich in Baukommissionen mitgearbeitet. Ich bin der festen Überzeugung, dass gerade wir Frauen im Bauwesen mitreden können und müssen.
Nach meiner Meinung sind zum Beispiel Wohnprobleme auch zu einem grossen Teil Gesellschaftsprobleme. Zu sehr wurde nur auf optimale Ausnutzung des vorhandenen Baulandes, der Spekulation usw. geschaut. Und zu wenig wird dem Bedürfnis nach familiengerechten Wohnungen Rechnung getragen. Beim Bau von familiengerechten Wohnungen müsste im speziellen auf folgende Punkte geachtet werden:
1. Eine verbesserte Schallisolation, und zwar nach Innen und nach Aussen. *Wir* haben das Auto, die Töffs inkl. die heissgeliebten Musikgeräte der Jungen erfunden und *wir* verkaufen diese Geräte. So ist es auch unsere Pflicht, dass die Voraussetzungen zum Gebrauch geschaffen werden – ohne den Mitmenschen in seinem natürlichen Ruhebedürfnis zu stören.
2. Der Wohnküche soll wieder grössere Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn in ihr verbringt eine Mutter und Hausfrau die grösste Zeit – ein runder Tisch verführt geradezu zum Gespräch. Bei mir finden tatsächlich auch Partei- und andere politische Gespräche zwischen Kaffeetassen und frischgekochter Konfitüre statt.
3. Die Innengestaltung sollte zu einem grossen Teil dem Mieter überlassen werden. So käme der Grundpreis der Wohnung billiger zu stehen, und der Mieter könnte seine Komfortansprüche nach seinem Gutdünken erfüllen.
4. Bund, Kantone und Gemeinden sollten vermehrt Bauland im Baurecht zu günstigen Bedingungen für den Wohnungsbau abgeben.
Nach all diesen Ausführungen komme ich zur Feststellung, dass es auch an uns selber liegt, wieder etwas mehr Eigeninitiative, Verantwortung, Rücksicht und Toleranz zu üben. Und noch eine Feststellung habe ich gemacht. Eine in der Politik aktive Frau muss 200% Leistung erbringen. Die Männer haben es da einfacher... das ist meine Erfahrung als aktive Kommunalpolitikerin; als Frau, Hausfrau, Mutter und auch in sozialen Belangen besonders engagiertes Wesen.

Ob kurz oder lang
auf den Haarschnitt
kommt es an.

Spezial-Damensalon
Coiffure-Studio Zubi
Nelly Zuberbühler
Eidg. dipl. Coiffeuse, Fachlehrerin
8003 Zürich, Zentralstrasse 16
Telefon 33 76 23, 33 84 14

Ingrid Schmid
POCH-Gemeinderätin seit 1978
Kandidatin für Stadtrat und Stadtpräsidium

«Leben statt Profit» gilt für mich nicht nur im Wahlkampf, sondern ist eine Alternative zur gescheiterten Politik des Zürcher Stadtrates: auf Kosten der Bevölkerung und Wohnlichkeit wird Zürich seit Jahren planmässig zu einem internationalen Finanz- und Konsumzentrum ausgebaut, mit immer mehr Verkehr, Lärm und Luftverpestung, immer teureren Wohnungen und ständig abnehmenden Einwohnerzahlen. Ich habe im Gemeinderat gegen diese verfehlte Stadtentwicklungspolitik Stellung genommen und protestierte gegen die brutale Unterdrückung jeglichen Widerstandes. Ich setzte mich aber vor allem auch für die Frauen ein. Für den Stadtrat sind nämlich auch die Frauen nur eine «Randgruppe», deren Bedürfnisse man(n) nicht so ernst nehmen muss. An dieser Einstellung hat sich auch nach der Abstimmung vom 14. Juni über die gleichen Rechte nichts geändert. Darum reichte ich – zusätzlich zu meinen schon überwiesenen Vorstössen für gleiche Lehrpläne für Knaben und Mädchen (inkl. Haushalt und Handarbeitsunterricht!) und der Aufhebung jeglicher Benachteiligungen der Frauen bei der Stadtverwaltung – eine neue Motion ein. Ich verlange damit die Einrichtung einer öffentlichen Stelle für Frauenfragen, die den Frauen auch direkte Hilfe leisten soll bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Mit fadenscheinigen Gründen möchte der Stadtrat diese Motion ablehnen. Das zeigt, wie notwendig es ist, dass Frauen sich vermehrt in allen gesellschaftlichen Bereichen für die Emanzipation und Selbstbestimmung einsetzen, natürlich auch im Parlament. Die Solidarität mit der autonomen Frauenbewegung, die Unterstützung von Frauenprojekten wie z. B. das Haus für misshandelte Frauen, sind dabei entscheidend. Wenn sich die einzige Frau im Stadtrat, Emilie Lieberherr (SP) gegen höhere Beiträge an das Frauenhaus wendet, unterstützt sie die bürgerlich diktierte Sparpolitik auf Kosten der Frauen. Der Bürgerblock, unter Führung des Freisinns, hat das Sagen in unserer Stadt – der Stadtrat hat eindeutig versagt. Um gegen diese Politik eine Alternative aufzeigen zu können, kandidiere ich auch gegen den freisinnigen Stadtpräsidiumskandidaten, der u. a. das widerliche «Mädchenschiessen» am Sechstagerennen nicht verhindert hat und Mitglied der reaktionären Organisation «Freiheit und Verantwortung» ist. Die bisherigen Mitglieder des Stadtrates haben keine Stimme verdient – besonders nicht von Frauen!

Erika Strobel-Knutti
CVP-Gemeinderätin seit 1979

Gemeinderätin der Stadt Zürich, Politikerin also, eine der wenigen Frauen, die das Volk im Rathaus vertreten sollen. Was bedeutet dieses Amt für mich, warum habe ich mich wählen lassen damals, vor vier Jahren, was habe ich für Erfahrungen gemacht in meiner Ratstätigkeit?
Es hat mich gefreut, als meine Kreispartei mich, eine Hausfrau und Mutter von 2 Kindern, Mitglied der Bezirksschulpflege, aber ohne Erfahrung in der Parteitätigkeit, als Spitzenkandida-

tin auf die Gemeinderatsliste setzte. Mitentscheiden können, nicht nur Entscheiden ausgeliefert sein, mich für all diejenigen einsetzen, die benachteiligt sind in unserer Stadt, dafür fühlte ich mich verantwortlich. Von meiner Studienzeit und meiner Tätigkeit in kirchlichen Gremien her war ich es gewohnt, mit Männern kollegial zusammenzuarbeiten. Aber hier, in der Fraktion, eine junge Frau, Akademikerin, die es wagt, mitzureden und manchmal auch eine eigene Meinung zu vertreten? Ich merkte, dass katholische Politiker stärker als andere von ihrer Erziehung und der daraus resultierenden Rollenverteilung geprägt waren und eine Frau nicht als gleichberechtigt akzeptieren konnten. Nun, ich mag sie trotzdem. Im Rat befasste ich mich vor allem mit Sozial-, Schul- und Jugendfragen und arbeitete in entsprechenden Kommissionen mit, für mich eine interessante und lehrreiche Aufgabe. Die Ratssitzungen selbst sind meistens enttäuschend, oft ist es unmöglich, im Stimmengewirr, dem Hin und Her einem Redner überhaupt zuzuhören. Verständlich wird die Unaufmerksamkeit, wenn man weiss, dass die Ratsgeschäfte zuerst in den Kommissionen und dann in den Fraktionen schon besprochen wurden. Unverständlich hingegen bleibt für mich die feindselige Atmosphäre zwischen den Fronten «Bürgerlich» und «Sozialdemokratisch», manchmal aufgebrochen durch den «Frauenclub», Frauen aus verschiedenen Fraktionen, die sich bei sozialen Problemen solidarisieren und so im Rat eine Mehrheit für ihre Anliegen gewinnen können.

Ich habe nie erwartet, dass durch den Gemeinderat grosse Veränderungen erreicht werden können, weil dafür unser demokratisches System zu kompliziert und langsam ist. Es bietet einerseits Gewähr für Kontinuität, andererseits verunmöglicht es aber die rasche Lösung von dringenden Problemen. Wenn ich an meine Postulate zum Drogenproblem denke, die seit Monaten in einer Schublade liegen und nichts für die täglich steigende Zahl der Opfer getan wird...

Es bedrückt mich, dass stundenlang über Banalitäten diskutiert wird, Probleme unserer Stadt aber nicht erkannt werden oder vom Gemeinderat allein nicht gelöst werden können. Warum ich dennoch weitermache? Mich wieder zur Wahl stelle? Weil ich es den Benachteiligten in unserer Stadt schuldig bin, mich für sie einzusetzen.

Erika Welti
EVP-Gemeinderätin seit 1970

Der Aussenstehende glaubt, Ratsarbeit beschränke sich auf die Sitzungen im Ratshaus. Diese Mammutsitzungen bilden aber nur den Abschluss von viel Kleinarbeit. In diesen Sitzungen zu sprechen, braucht am Anfang wohl für jedermann etwas Mut. Doch wer wirklich etwas zu sagen hat, wird sich überwinden. Meine Devise ist es, das Wort nur dann zu verlangen, wenn ich wirklich etwas zu sagen habe, das nicht schon andere gesagt haben. Dann ist die Chance, gehört zu werden, sehr gross.

Zur Kleinarbeit gehören, neben dem Studium der Akten und dem Gespräch mit betroffenen Mitmenschen, die Beratungen der Geschäfte in der Fraktion und in den Kommissionen. Im kleineren Kreis werden dort Fragen von kompetenter Seite beantwortet, diskutiert und so auch Meinungen gebildet.

Was mir als Politikerin der Evangelischen Volkspartei am Herzen liegt? Ich möchte mit-

helfen, dass unser schönes Zürich für seine Einwohner Heimat sein und bleiben kann. Dazu brauchen wir eine vernünftige Finanzpolitik, die Dringendes von Wünschbarem zu unterscheiden gewillt ist, eine gute Sozialpolitik, die allen Schichten gegenüber grosszügig ist, nicht nur dort, wo's um soziale Leistungen geht, sondern auch dort, wo die Finanzen dafür bereitgestellt werden müssen, und eine Planung, die dem einzelnen Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung und zum Engagement der Allgmeinheit gegenüber gibt.
Dieses breite Spektrum der Politik gibt dem einzelnen Gemeinderat die faszinierende Gelegenheit, Einblicke zu gewinnen in eine Fülle von Sachgebieten. Ich habe mitberaten bei Projekten von Altersunterkünften, so gut wie bei der Erweiterung der Kläranlage oder der Sukkulentensammlung, bei Schulprojekten, wie beim Ausbau des Gutsbetriebes Juchhof, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Als Fraktionschefin sind mir in letzter Zeit vor allem auch die finanzpolitischen Fragen anvertraut worden. Daneben habe ich mich engagiert in Planungsfragen. In der intensiven Auseinandersetzung mit den letzteren ist mir so recht bewusst geworden, welches Risiko im Abschätzen der Auswirkung von Planung liegt. Das hat mich zur persönlichen Überzeugung geführt, dass wir uns hüten sollten vor zuvielen Vorschriften, dafür umso mehr einstehen für eine Erziehung, die das Wahrnehmen und Tragen von Verantwortung fördert.

Die zwölf Jahre Ratsarbeit haben mich gelehrt, mutig auch unpopulär zu sein, wo es drum geht, übergeordnete Interessen gegen persönliche Interessen durchzusetzen. Als Frau ist es mir wichtig, mitzuarbeiten an einem menschlichen Klima. Das beginnt dort, wo ich auch andere Meinungen gelten lasse und achte, wo ich bereit bin, zu vermitteln, aber auch allein zu einer Überzeugung zu stehen.

Justine Tanner

Weil wir Frauen solche Möglichkeiten haben, möchte ich Sie, verehrte Leserin, ermuntern, sich ebenfalls engagieren zu lassen zum Wohl der Gemeinschaft und so mitzuhelfen, den Unmut, der vielerorts am alltäglichen Platz herrscht, zu überwinden.

Diese Frauen stellen sich zur Wahl

Sozialdemokratische Partei (SP) und Gewerkschaften

Kreis 1: Silvia Ramer (bisher). Kreis 2: Yvonne Höfliger-Griesser; Christa Allenbach. Kreis 3: Irene Müller-Bertschi (bisher); Alice Meier-Strohm (bisher); Dominique Caprez-Balsiger; Elsbeth Bade. Kreis 4: Vreni Hubmann. Kreis 6: Monika Mahrer (bisher); Rosmarie Sidler; Lisbeth Sippel. Kreis 7: Verena Schilling (bisher); Regine Aeppli; Verena Maag; Esther Voegeli. Kreis 8: Sylvia Brauchli; Margrit Wacker. Kreis 9: Irène Koch-Merz; Margarete Maag; Sonja Holdener-Graber; Vreni Nussbaumer; Marlene Leu-Dünner; Anna-Maria Wenger. Kreis 10: Erika Mägli-Fischer (bisher); Gertrud Marbach-Rau (bisher); Susanne Vonwiller. Kreis 11: Catherine Pelli (bisher); Kati Szabo; Helen Kneubühler; Regina Bleuler. Kreis 12: Marianne Böckli (bisher); Heidi Täschler; Alice Huber.

Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)

Kreis 1: Catherina Ziegler-Vultier. Kreis 2: **Regula Pfister-Esslinger** (bisher); Regula Schäfer-Funk. Kreis 3: Madeleine Walther; Uta Schuller; Claire Isler. Kreis 4: **Marianne Egger-**